

Dr. Arnd Rüter
Haydnstraße 5
85591 Vaterstetten
[\[IG_K-MP_022\]](#)

Nora Markard
Professorin für Verfassungsrecht
an der Universität Münster
u. Vorstand der Gesellschaft für Freiheitsrechte
Wilmergasse 28
48143 Münster

Übersendung per Email
nora.markard@uni-muenster.de
nmarkard@uni-muenster.de

Dr. Ronen Steinke
Redakteur der Süddeutschen Zeitung
Hultschiner Straße 8
81677 München

Ronen.Steinke@Sueddeutsche.de

Vaterstetten, 31.08.2023

- Ihre Zeichen**
- 1) Süddeutsche Zeitung 24./25.06.2023_Ronen Steinke_3 teiliger Artikel
_S. 1: Polizei zapft Pressetelefon an, S. 4 Strafverfolger – Kein Maß,
S. 7 Polizei hört Gespräche der „Letzten Generation“ mit Journalisten ab;
Süddeutsche Zeitung 28.06.2023_Ronen Steinke
_S. 8: "Kriminelle Vereinigung";
Süddeutsche Zeitung 21.07.2023_Ronen Steinke
_Zweifel an der Einstufung der „Letzten Generation“? ([\[IG_O-MP_036\]](#))
 - 2) Süddeutsche Zeitung 04.07.2023_Ronen Steinke interviewt
Verfassungsrechtlerin Nora Markard "Es bröckelt schon" ([\[IG_O-MP_037\]](#))

meine Zeichen

alle referenzierten Dokumente [\[IG_K-XX_yyyyy\]](#) oder [\[IG_O-XX_yyyyy\]](#) sind barrierefrei und öffentlich zugänglich über den Webaufttritt der Interessengemeinschaft (IG) der GMG-Geschädigten <https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/>, die Beweisdokumente der Gruppe "IG-K" sind direkt zugänglich über <https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Beweise-K/> die Beweisdokumente der Gruppe "IG-O" sind direkt zugänglich über <https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Beweise-O/> die umfangreichen Beweisdokumente der Gruppe "IG-Szz" sind direkt zugänglich über <https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Schluesse/>

Ihre Warnungen vor der AfD

Sehr geehrte Frau Professor Markard,
sehr geehrter Herr Dr. Steinke,

- 1) Sie werden zu Recht die Frage stellen, warum ich nicht einfach einen Leserbrief an die Süddeutsche Zeitung (nachfolgend: SZ) schreibe. Nun, ich bin ein ausgesprochener Realist; nachdem die SZ Ende 2021 dazu übergegangen ist, die Leserbriefe von heraus gefilterten Leserbrief-Absendern in den Abfall zu werfen und damit Zensur auszuüben ([\[IG_K-MP_016\]](#)), kann ich mir diese Entsorgung einfach schenken.

Wenn ich dann diese Leserbriefe an die relevanten Personen, i.d.R. Redakteure der SZ direkt sende, ist die Reaktion von denen ein eisiges Schweigen und die gleiche Entsorgung, was natürlich im Interesse einer öffentlichen Auseinandersetzung über die unterschiedlichen Sichten auf den Zustand unserer Welt für

mich auch nicht gerade sehr erbaulich ist (nicht wahr Herr Ronen?; siehe **Anlage 1**). Also Sorge ich selbst für die gewünschte Öffentlichkeit unter dem Webauftritt der Interessengemeinschaft der GMG-Geschädigten <https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/> und bin dadurch sehr entspannt, denn Sie wissen ja, das Internet vergisst nichts.

Bei grobschlächtiger Betrachtung hat die drohende Gefahr durch die AfD nichts mit dem staatlich organisierten Betrug an 6,3 Mio Bundesbürger mit einer Betrugssumme von über 30 Milliarden Euro zu tun. Das ist aber nur der Fall, wenn man desinteressiert schaut, denn beides wird durch die Kriminalisierung der Justiz in der Bundesrepublik Deutschland erst ermöglicht.

2) Es ist heutzutage „en vogue“ vor der AfD zu warnen. Die Medien sind voll davon und die massiven Warnungen überfluten uns, selbst aus dem höchsten Staatsamt heraus. Besonders lautstark warnen jene Parteipolitiker, die besonders tatkräftig daran mitgewirkt haben, dass eine Machtübernahme durch die AfD nun ein reales Szenario ist.

Sie, Frau Prof. Markard, **haben absolut recht mit Ihrer Einschätzung, dass die Justiz der Hebel ist mit dem eine Gesellschaftsordnung als erstes umgestaltet (beseitigt) wird.** Das war beim Übergang von der Weimarer Republik zur Nazi-Diktatur so, es war beim Übergang von der Nazi-Diktatur zu SED-Diktatur so und es war vom Übergang von der SED-Diktatur in die heutige Parteienoligarchie der Bundesrepublik Deutschland so; wobei aber Feinheiten zu beachten sind, wie sehr die Vertreter der Judikative die Treibenden bei diesem Übergang waren bzw. wie sehr sie von den Parteipolitikern/Machtpolitikern dabei gesteuert wurden ([IG_S12] „20201212_Die staatlichen Juristen – ein Berufsstand zwischen Missbrauch und Größenwahn“; [IG_K-JU_101] Bernd Rütters "Die heimliche Revolution vom Rechtsstaat zum Richterstaat, Verfassung und Methoden - Ein Essay", Kommentiert Dr. A. Rüter (149 S.); [IG_K-JU_102] - [IG-K-JU_105] diverses)

Beisp 1: Rütters behauptet ([IG_K-JU_101]) „**Geltendes Recht ist in der Bundesrepublik das, was diese Gerichte entscheiden**“ und stellt sich damit in die Reihe der **Juristen des Leipziger Reichsgerichts**, die 1926 genau mit dem gleichen Größenwahn begannen, die Weimarer Republik zu zerstören.

Beisp 2: ([IG_S12], Kap. VII Ausblick – die Misere in Kürze): „Die Vermehrung der Juristen seit den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts (und die damit verbundenen Kosten) stehen in krassem Kontrast zu ihrem gesellschaftlichen Nutzen. Am 01.01.2019 gab es in der Bundesrepublik Deutschland 165.100 Rechtsanwälte; damit hat sich ihre Anzahl seit 1990 verdreifacht. Nach der letzten Bundestagswahl am 23.10.2017 waren von den 709 Bundestagsabgeordneten 115 Juristen. Am 04.04.2018 waren über 16% der Bundestagsabgeordneten gelernte Juristen, bei einem Anteil in der Gesamtbevölkerung unter 1%.“

3) Ihr akademisches Werden Frau Markard ist stark im anglo-amerikanischen Raum vonstatten gegangen (London, Ann Arbor, New York) (<https://www.jura.uni-muenster.de/de/apps/personenliste/nora-markard/markard-cv-deutsch-maerz-2020/>), Ihren Master haben Sie am King's College London erworben. Ist Ihnen dabei gegebenenfalls nicht so richtig ins Bewusstsein getreten, dass es im kontinentaleuropäischen Rechtssystem kein Äquivalent zu dem ausgeprägten Fallrecht des anglo-amerikanischen Rechtskreises gibt? ([IG_S12], Kap. I Der Traum der Juristen vom „American Way of Life“, 1. Der deutsche Rechtskreis):

„Das angloamerikanische „Fallrecht“ ist eine Rechtsordnung, die ihre primäre Rechtsquelle nicht in generellen Gesetzen, sondern in der richterlichen Entscheidung konkreter Fälle hat. Im „Fallrecht“ stützt sich die Rechtsfindung primär auf die frühere Rechtsprechung zu vorangegangenen vergleichbaren Präzedenzfällen.

In Kontinentaleuropa gilt der römisch-germanische Rechtskreis. Parlamentarisch verfasste Gesetze bilden die wichtigste Rechtsquelle. Die Untergruppe des **deutschen Rechtskreises** (Deutschland, Österreich, Liechtenstein, Portugal, Schweiz, Griechenland) zeichnet sich durch seine Systematik aus; es herrschen **rationales, abstraktes und begriffliches Denken** vor (z.B. Abstraktionsprinzip).“

Wenn einer Ihrer Forschungsschwerpunkte „Verfassungsrecht und Verfassungsvergleichung“ ist, müssten Sie doch schon einmal bei den Artikeln 20 und 97 unseres Grundgesetzes vorbeigekommen sein:

Artikel 20 Abs. 3 GG

(1) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und **die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.**

Artikel 97 Abs. 1 GG

(1) **Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetze unterworfen.**

Die politik-wissenschaftlichen Veto-Spieler der Gerichte, die laut Interview einen wesentlichen Beitrag zum Widerstand gegen die feindliche Übernahme durch Rechtsradikale leisten sollen, kann es im deutschen Rechtskreis nicht geben. Zugegeben, der Mehrheit der Juristen sind heutzutage die Vorgaben der Verfassung völlig egal, aber das bedeutet auch, dass die Mehrheit der Juristen Rechtsbeugung nach § 339 StGB betreibt, was i.V.m. § 12 StGB bedeutet, sie begehen fortlaufend **Verbrechen; also nichts mit Veto-Spielchen für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie** ([IG_S12]_20201212_Die staatlichen Juristen – ein Berufsstand zwischen Missbrauch und Größenwahn"; [IG_K-JU_101] Bernd Rütters "Die heimliche Revolution vom Rechtsstaat zum Richterstaat, Verfassung und Methoden - Ein Essay", Kommentiert Dr. A. Rüter (149 S.); [IG_K-JU_102] - [IG-K-JU_105] diverses).

4) Es bräuchte dringend eine Kontrolle der Macht der etablierten politischen Parteien (Parteienoligarchie) und es bräuchte dringend eine Demokratisierung des Wahlsystems, damit die "vom Souverän gewählten Vertreter" zur Abwechslung mal tatsächlich die gewählten Vertreter des Souveräns sind und nicht irgendein parteiinternes vorausgewähltes Stimmvieh.

Und es bräuchte (zumindest eine Mehrheit der) Bundesbürger, die anfangen selbst zu denken und sich nicht dauernd von den Parteienoligarchen vorgekaute "Wahrheiten" (z.B. über die Bedrohungen durch die AfD) von "selbsternannten 'Influencer Eliten' als Claqueure" eintrichtern lassen.

Warnungen, dass diese Parteienoligarchie in der nächsten deutschen Diktatur enden wird, hat es schon **1966** von **Karl Jaspers** gegeben und **Richard von Weizsäcker** hat von **1982 bis 1992** immer wieder gewarnt: "die Parteien haben sich den Staat zur Beute gemacht". Zu ergänzen ist, sie haben sich auch die Judikative, die Demokratie und den Rechtsstaat zur Beute gemacht ([IG_S13]_20210926_Die kriminellen Politiker und ihre „von der Leine gelassenen“ Staatsanwälte _mit Nachträgen 10.03.2023 und 19.05.2023). Wer vorgibt für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Menschenrechte und Freiheitsrechte zu kämpfen, sollte doch wohl schon mal etwas von alledem gehört haben.

5) In beigefügter Tabelle (**Anlage 2**) habe ich das Frage-Antwort-Spiel Ihres Interviews vollständig kommentiert und, wo es sich ergeben hat, Ihnen Zusatzinformationen zur Vertiefung meiner Kommentare angeboten (lesen müssten Sie allerdings selbst).

Die jeweiligen Tripel aus Fragen-Antworten-Kommentaren habe ich, soweit diese dafür Relevanz haben, bzgl. der übergeordneten Fragestellung Ihres Interviews „**Einfluss der AfD auf unser Rechtssystem und die Justiz**“ in einer 4. Spalte klassifiziert nach

- A das ist durch die Parteienoligarchie schon erledigt und die AfD bräuchte nur einfach da weitermachen, wo die anderen nach 74 Jahren aufgehört haben (die AfD fiel ins gemachte Nest)
- B die AfD hätte sicher das Bestreben eigene Akzente zu setzen und neue Methoden einzuführen, was aber kein Problem ist, denn die Basisvoraussetzungen sind auch heute schon da
- C die AfD müsste ganz von vorn anfangen, um dieses zu ihren Gunsten umzugestalten und um über dieses Thema die Macht zu erlangen

Das Ergebnis ist klar, die AfD könnte und würde wahrscheinlich in einigen Punkten nach B vorgehen, aber es würde auch ohne gehen. Aber kein einziger von Ihnen im Interview aufgeworfener Punkt wäre nach Variante C erst von der AfD mühsam zu erarbeiten. Die AfD bräuchte überhaupt nichts zu tun, denn alle Voraussetzungen, um die Judikative der Bundesrepublik Deutschland für ihre Zwecke zu gebrauchen/missbrauchen sind bereits durch die etablierten politischen Parteien (CDU/CSU, SPD, FDP, Die Grünen), also die Parteienoligarchie geschaffen worden: "**Die Parteien haben sich nicht nur den Staat zur Beute gemacht, sondern auch die Judikative, die Demokratie und den Rechtsstaat.**"

Die Unabhängigkeit der Justiz gibt es in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr (so es sie jemals gegeben hat). Wie die warnenden Politiker verweisen auch Sie auf die drohenden Beispiele im Ausland, insbesondere den EU-Mitgliedstaaten Polen und Ungarn. Wir Deutschen sind meilenweit voraus, die Beseitigung vom Demokratie und Rechtsstaatlichkeit hat bei uns einen Zustand erreicht, da werden die anderen nie hinkommen.

Jegliche Rechtsprechung im Strafrecht wird durch die politischen Beamten der Staatsanwaltschaften beherrscht, die an die Weisungen der Justizminister der Länder und des Bundes (Exekutive) gebunden sind. Es gibt keine Strafverfolgung ohne politische Kontrolle. Jede Missachtung der Verfassung (Art. 20, 97, 101, 103 GG), des Strafgesetzbuches (mit massiver Häufung von Rechtsbeugung und Strafvereitelung im Amt) und der Strafprozessordnung im Strafrecht durch Richter und Staatsanwälte ist nichts Anderes als staatlich organisierte Willkürjustiz ([\[JIG_S13\]_20210926_Die kriminellen Politiker und ihre „von der Leine gelassenen“ Staatsanwälte _mit Nachträgen 10.03.2023 und 19.05.2023](#), Kap. III, IV).

Die Forderung nach unabhängigen Staatsanwaltschaften, wie **im europäischen Rechtsraum üblich**, wird von verschiedensten Stellen erhoben (EuGH, PACE, Deutscher Richterbund). „**Insbesondere von europäischer Seite wurde Deutschland mehrfach, sowohl durch den Europarat, den EGMR und den EuGH, eine Reform der Stellung der Staatsanwaltschaften nahegelegt.**“ ([\[JIG_O-PE_212\]](#), [\[JIG_K-PE_200\]](#)). Die wiederholten Warnungen der Staaten des Europarates, endlich die Unabhängigkeit der Justiz in der Bundesrepublik Deutschland herzustellen haben die diversen Regierungen der bundesdeutschen Parteienoligarchie noch immer quittiert wie sie alles ihnen nicht in den Kram Passende quittieren: mit überheblicher schweigender Arroganz.

6) Und solchen Parteipolitikern, den Totengräbern von Demokratie und Rechtsstaat, haben Sie sich freiwillig vor deren Karren gespannt, indem Sie deren fadenscheinige Warnungen vor der AfD nachbeten.

Schämen Sie sich !

.....
(Dr. Arnd Rüter)

Anlagen

1. Email 06.07.2023 Rüter am Steinke
„zu Ihren Artikel über die angebliche kriminelle Vereinigung Letzte Generation“
(ANLAGE_1_20230706 Email Rüter_zu Ihren Artikeln über die angebliche kriminelle Vereinigung Letzte Generation_20230707 Email Quittierung.pdf)
2. Kommentierung des durchgeführten und am 04.07.2023 in der Süddeutschen Zeitung veröffentlichten Interviews in tabellarischer Darstellung.
(ANLAGE_2_Auswertung Rüter_20230704 SZ Interview Ronen Steinke - Nora Markard.pdf)

Jegliche Rechtsprechung im Strafrecht wird durch die politischen Beamten der Staatsanwaltschaften beherrscht, die an die Weisungen der Justizminister der Länder und des Bundes (Exekutive) gebunden sind. Es gibt keine Strafverfolgung ohne politische Kontrolle. Jede Missachtung der Verfassung (Art. 20, 97, 101, 103 GG), des Strafgesetzbuches (mit massiver Häufung von Rechtsbeugung und Strafvereitelung im Amt) und der Strafprozessordnung im Strafrecht durch Richter und Staatsanwälte ist nichts Anderes als staatlich organisierte Willkürjustiz ([IG_S13]_20210926_Die kriminellen Politiker und ihre „von der Leine gelassenen“ Staatsanwälte _mit Nachträgen 10.03.2023 und 19.05.2023, Kap. III, IV).

Die Forderung nach unabhängigen Staatsanwaltschaften, wie **im europäischen Rechtsraum üblich**, wird von verschiedensten Stellen erhoben (EuGH, PACE, Deutscher Richterbund). „**Insbesondere von europäischer Seite wurde Deutschland mehrfach, sowohl durch den Europarat, den EGMR und den EuGH, eine Reform der Stellung der Staatsanwaltschaften nahegelegt.**“ ([IG_O-PE_212], [IG_K-PE_200]). Die wiederholten Warnungen der Staaten des Europarates, endlich die Unabhängigkeit der Justiz in der Bundesrepublik Deutschland herzustellen haben die diversen Regierungen der bundesdeutschen Parteienoligarchie noch immer quitiert wie sie alles ihnen nicht in den Kram Passende quittieren: mit überheblicher schweigender Arroganz.

6) Und solchen Parteipolitikern, den Totengräbern von Demokratie und Rechtsstaat, haben Sie sich freiwillig vor deren Karren gespannt, indem Sie deren fadenscheinige Warnungen vor der AfD nachbeten.

Schämen Sie sich !



(Dr. Arnd Rüter)

Anlagen

1. Email 06.07.2023 Rüter am Steinke
„**zu Ihren Artikel über die angebliche kriminelle Vereinigung Letzte Generation**“
(ANLAGE_1_20230706 Email Rüter_zu Ihren Artikeln über die angebliche kriminelle Vereinigung Letzte Generation_20230707 Email Quittierung.pdf)
2. Kommentierung des durchgeführten und am 04.07.2023 in der Süddeutschen Zeitung veröffentlichten Interviews in tabellarischer Darstellung.
(ANLAGE_2_Auswertung Rüter_20230704 SZ Interview Ronen Steinke - Nora Markard.pdf)

Sendenachweis:

Betreff: WG: Auswertung Rüter_20230704 SZ Interview Ronen Steinke - Nora Markard

Angefügt:

- IG_K-MP_022_20230831... 216 KB
- ANLAGE_1_20230706 E... 122 KB
- ANLAGE_2_Auswertun... 165 KB

Von: Arnd Rüter [mailto:arnd_rueter@web.de]

Gesendet: Donnerstag, 31. August 2023 15:57

An: 'nora.markard@uni-muenster.de' <nora.markard@uni-muenster.de>; 'nmarkard@uni-muenster.de' <nmarkard@uni-muenster.de>; 'Ronen.Steinke@Sueddeutsche.de' <Ronen.Steinke@Sueddeutsche.de>

Betreff: Auswertung Rüter_20230704 SZ Interview Ronen Steinke - Nora Markard

Siehe beigefügtes Schreiben
mit 2 Anlagen

Empfangsbestätigungen:



Do 31.08.2023 15:57

Markard, Nora <nmarkard@uni-muenster.de>

Automatische Antwort: Auswertung Rüter_20230704 SZ Interview Ronen Steinke - Nora Markard

An Arnd Rüter

Vielen Dank für Ihre Nachricht. Im August lese ich meine Nachrichten nur unregelmäßig. Bei dringenden Anliegen benachrichtigen Sie bitte jutta.meier@uni-muenster.de. Vielen Dank!

Thank you for writing. I am away from my desk until September 1 and will not read my emails regularly. For urgent matters, please contact jutta.meier@uni-muenster.de. Thank you!

Von: Steinke, Ronen [mailto:ronen.steinke@sz.de]

Gesendet: Donnerstag, 31. August 2023 16:06

An: Arnd Rüter <arnd_rueter@web.de>

Betreff: Read: Auswertung Rüter_20230704 SZ Interview Ronen Steinke - Nora Markard

Ihre Nachricht

An: Steinke, Ronen

Betreff: Auswertung Rüter_20230704 SZ Interview Ronen Steinke - Nora Markard

Gesendet: Donnerstag, 31. August 2023 15:56:47 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rome, Stockholm, Vienna

wurde am Donnerstag, 31. August 2023 16:06:05 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rome, Stockholm, Vienna gelesen.

Von: Markard, Nora [mailto:nmarkard@uni-muenster.de]

Gesendet: Donnerstag, 31. August 2023 16:20

An: Arnd Rüter <arnd_rueter@web.de>

Betreff: Read: Auswertung Rüter_20230704 SZ Interview Ronen Steinke - Nora Markard

Ihre Nachricht

An: Markard, Nora

Betreff: Auswertung Rüter_20230704 SZ Interview Ronen Steinke - Nora Markard

Gesendet: Donnerstag, 31. August 2023 15:56:47 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien

wurde am Donnerstag, 31. August 2023 16:20:06 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien gelesen.

ANLAGE 1 zur Email vom 31.08.2023

Von: Arnd Rüter [mailto:arnd_rueter@web.de]

Gesendet: Donnerstag, 6. Juli 2023 23:48

An: 'Ronen.Steinke@Sueddeutsche.de' <Ronen.Steinke@Sueddeutsche.de>

Betreff: zu Ihren Artikeln über die angebliche kriminelle Vereinigung "Letzte Generation"

Priorität: Hoch

Sehr geehrter Herr Dr. Steinke,

Ihren 3 teiligen Artikel vom 24/25.06.2023 in der Süddeutschen Zeitung (Seite 1: Polizei zapft Pressetelefon an, S. 4 Strafverfolger – Kein Maß, S. 7 Polizei hört Gespräche der „Letzten Generation“ mit Journalisten ab) und den Artikel vom 28.06.2023 „Kriminelle Vereinigung?“ – Interview der Nora Markard habe ich mit Interesse gelesen, vielen Dank dafür.

Sie stellen zwar fest, dass u. a. der Generalstaatsanwalt Reinhard Röttle mit seiner Mannschaft die Strafprozessordnung (§ 160a Abs. 2 StPO) gebrochen hat, aber Sie fragen nicht mit welchem Ziel er dies tat (Sie werden ja wohl nicht annehmen, dass das bei dem reiner Selbstzweck ist). Sie fragen zwar „Warum änderte die Generalstaatsanwaltschaft München also im Herbst 2022 plötzlich ihre Meinung“. Aber Sie versuchen nicht ansatzweise eine Antwort darauf zu finden.

Der Weg zu einer Antwort beginnt mit der Feststellung, dass der Generalstaatsanwalt Bayern und alle in seinem Verantwortungsbereich tätigen Staatsanwälte politische Beamte sind, die weisungsgebunden an die Weisungen des „Bayerischen Staatsministers der Justiz“ sind; sie sind also weisungsgebundene politische Beamte der Exekutive (also der bayerischen Regierung) und befassen sich hier mit der angeblichen „kriminellen Vereinigung“ der „Letzten Generation“. Solange sie das im Auftrag oder in Abstimmung mit einer unabhängigen, verfassungskonformen Judikative (hier Amtsgericht München) tun (Ermittlungsverfahren), ist es gesetzeskonform.

Dass der bayerische Justizminister und das CSU Mitglied Georg Eisenreich ein Selbstläufer ist, wird man schwerlich annehmen dürfen. Die Frage_1 lautet also korrekt, was hat den bayerischen Ministerpräsidenten Söder plötzlich bewegt die „Letzte Generation“ mit politische Willkürjustiz verfolgen zu lassen und (eine weitere Frage_2) was hat den (leider von Ihnen nicht namentlich benannten) Ermittlungsrichter beim Amtsgericht München bewegt „auf Wunsch des Herrn Söder“ die Strafprozessordnung zu brechen.

Zur Frage_1 wissen wir, dass das kein Sonderfall ist. Der Herr Söder hat bei seinen Bemühungen zum CSU-Stimmenfang immer mal wieder abrupte Ideen, die er sicher als besonders pfiffig einschätzt, und die manch Außenstehender eher als hirnrissig bewertet.

Wenn Sie meinen, dass die „Weisungen“ an die bayerischen Staatsanwälte sicher nicht so weit gehen, dann lesen Sie aufmerksam die barrierefrei zugänglichen Dokumente [\[IG_K-JU_4xx\] \(xx = 02 bis 62\)](#) unter <https://www.ig-gmg-geschaedigte.de/Beweise-K/> (am besten öffnen Sie die Dokumente aus der dort zu öffnenden „Liste der Referenzen BEWEISE (K)_ (2023mmtt).pdf“, dann haben Sie auch gleich noch ein wenig Sortierung und vor allem sprechende Kurzbezeichnungen des jeweiligen Inhalts).

Damit finden Sie auch gleich zur Frage_2 deutliche Hinweise darauf, wie schnell Richter der Amtsgerichte dazu zu bewegen sind, auf die Gesetze zu pfeifen, wenn „die Staatsmacht“ es hilfreich findet.

Wenn Ihnen dann dieses extrem gut belegte, bewiesene und höchst aktuelle (noch laufende) Beispiel einer politischen Willkürjustiz (in diesem Fall gegen mich) mit den Haupttreibenden in der Generalstaatsanwaltschaft München nicht zu neuen Einsichten verhilft, dann schlafen Sie ruhig weiter. Wie sagte Ihre interviewte Verfassungsrechtlerin Nora Markard: „Besser wir wachen früh auf als spät“. Es ist entschieden später als Sie denken; nicht „es bröckelt schon“, sondern „es ist bereits zerbröckelt“.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Arnd Rüter

Haydnstraße 5

85591 Vaterstetten

Email: arnd_rueter@web.de

Von: Steinke, Ronen [mailto:ronen.steinke@sz.de]

Gesendet: Freitag, 7. Juli 2023 04:15

An: Arnd Rüter <arnd_rueter@web.de>

Betreff: Read: zu Ihren Artikeln über die angebliche kriminelle Vereinigung "Letzte Generation"

Priorität: Hoch

Ihre Nachricht

An: Steinke, Ronen

Betreff: zu Ihren Artikeln über die angebliche kriminelle Vereinigung "Letzte Generation"

Gesendet: Donnerstag, 6. Juli 2023 23:47:48 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rome, Stockholm, Vienna

wurde am Freitag, 7. Juli 2023 04:14:38 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rome, Stockholm, Vienna gelesen.

<p>Parteienoligarchie Die Oligarchie („Herrschaft von wenigen“) ist eine Staatsform oder ein Staat, in der eine kleine Gruppe die politische Herrschaft ausübt. Das Grundgesetz fordert eine strikte Machtrennung zwischen Exekutive, Legislative u Judikative. In Realität werden alle 3 Säulen unserer parlamentarischen Demokratie von den etablierten, im Bundestag vertretenen politischen Parteien (CDU/CSU, SPD, FDP, Die Grünen; außer der AfD) beherrscht. Sie können sich in den Rollen Regierung und Opposition beliebig ablösen, die vorhandenen Demokratie-Defizite werden davon nicht beeinflusst (deshalb Parteienoligarchie; plural). Jaspers kündigte es an und R.v. Weizsäcker konstatierte den Ist-Zustand: die Parteien haben sich den Staat zu Beute gemacht. Durch Wahlen lassen sie den Souverän über deren vorausgewählte Parteimitglieder abstimmen. Sog. politische Auseinandersetzungen sind Verteilungskämpfe um die Beute. Jaspers bezeichnete die Wahlen als „Akklamation zur Parteienoligarchie“.</p>	<p>das ist durch die Parteienoligarchie schon erledigt und die AfD bräuchte nur einfach da weiter machen, wo die anderen nach 74 Jahren aufgehört haben (die AfD fiele ins gemachte Nest) die AfD hätte sicher das Bestreben eigene Akzente zu setzen und neue Methoden einzuführen, was aber kein Problem ist, denn die Basisvoraussetzungen sind auch heute schon da die AfD müsste ganz von vorn anfangen, um dieses zu ihren Gunsten umzugestalten und um über dieses Thema die Macht zu erlangen</p>		<p>Klassifizierung</p> <p>A</p> <p>B</p> <p>C</p>
<p>Frage Süddeutsche Zeitung (Ronen Steinke)</p>	<p>Antwort Nora Markard</p>	<p>Kommentare Rüter</p>	
<p>wenn AfD-Politiker, die für die Werte dieser Demokratie nur Verachtung übrighaben, an die Macht gelangen - wie leicht wäre es dann für sie, die Spielregeln zu verändern?</p>	<p>Da bieten sich leider etliche Möglichkeiten.</p> <p>Es beginnt damit, dass die AfD, wo sie Kontrolle über die Exekutive erringt, Beamte ernennen kann, die dauerhaft bleiben. Zum Beispiel bei der Polizei, in den Schulen, im Jobcenter, in der Ausländerbehörde, in der Staatsanwaltschaft.</p> <p>Eine Änderung der verfassungsmäßigen Ordnung, um die eigene politische Macht auszubauen oder zu zementieren, ist nicht einfach.</p> <p>Aber auf dem Weg dorthin ist die erste Station oft eine Umgestaltung der Justiz.</p> <p>Das haben wir in Polen oder Ungarn gesehen.</p> <p>Ähnliches sehen wir derzeit auch in Israel.</p>	<p>... was bei genauer Betrachtung der Verhältnisse in der Bunderepublik Deutschland (BRD) zu bestätigen ist, diese Möglichkeiten haben alle, die Macht innehabenden, Parteipolitiker</p> <p>Die Möglichkeit Beamte (z.B. in: Polizei, Schulen, Jobcenter, Ausländerbehörde, Staatsanwaltschaft) zu benennen, hat die Exekutive unter jeder Parteienkonstellation.</p> <p>(einfach / nicht einfach ist relativ) in 74 Jahren schafft man eine Menge</p> <p>sehr richtige und wichtige Erkenntnis</p> <p>Polen und Ungarn wird von der dts. Parteienoligarchie permanent vorgeworfen, sie wollen die Unabhängigkeit der Justiz beseitigen. Dabei haben sie diese in Deutschland bereits völlig beseitigt und Deutschland liegt damit uneinholbar vorn.</p> <p>das ist Ablenken von Deutschland</p>	<p>B</p> <p>A</p> <p>A</p> <p>B</p>
<p>Ausgerechnet die Justiz ist ein Einfallstor für einen autoritären Staatsumbau?</p>	<p>Ja, die genannten Beispiele, aber auch die Türkei oder Brasilien zeigen, dass autoritäre Politiker oft zuerst hier ansetzen.</p> <p>Das liegt daran, dass Gerichte das sind, was man politikwissenschaftlich als Vetospieler bezeichnen kann.</p> <p>Sie haben oft vielfältige Möglichkeiten, eine politische Umgestaltung auszubremsen. Wenn es eine starke Gerichtsbarkeit gibt, dann kann sie neue Gesetze, die eine autoritäre Regierung auf den Weg bringt, am Maßstab der Verfassung prüfen und gegebenenfalls auch verhindern.</p>	<p>das ist Ablenken von Deutschland</p> <p>In Deutschland machen es die Politiker ebenso</p> <p>Eine Veto-Möglichkeit gibt es nur, weil die Politik es nach 1945 versäumt hat die Justiz zu demokratisieren; als demokratische Justiz hätten die Richter gar keine Möglichkeit Vetospieler in der einen oder anderen Richtung zu sein.</p> <p>Die sog. politikwissenschaftlichen Vetospieler</p> <p>Artikel 20 Abs 3. GG: „(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.“</p> <p>Artikel 97 Abs. 1 GG: „(1) Die Richter sind unabhängig und nur dem Gesetze unterworfen.“</p> <p>Ein Vetospieler im genannten Sinn (Var1) kann ein Richter in der BRD nur sein, wenn er die Verfassung bricht (siehe JG_S12_20201212_Die staatlichen Juristen – ein Berufsstand zwischen Missbrauch und Größenwahn“, Kap. I "Der Traum der Juristen vom "American Way of Life" Kap. II "Günther Hirsch - Rechtsstaat - Richterstaat" Kap. III "Wir probieren die Auslegung einmal selbst" Kap. IV "Die Auslegungsmethodik der Juristen")</p> <p>Var 1</p> <p>Var 2/3: Eine undemokratisch eingestellte Gerichtsbarkeit, kann neue Gesetze, die eine - Var2: demokratische die Verfassung achtende Regierung - Var3: undemokratische die Verfassung missachtende und nur an Machterhalt/Machtausbau interessierte Regierung auf den Weg bringt, die Verfassung missachtend mit rechtsbeugender Uminterpretation fortlaufend torpedieren oder in ihr Gegenteil verkehren</p>	<p>B</p> <p>A</p> <p>B</p>

Parteienoligarchie Die Oligarchie („Herrschaft von wenigen“) ist eine Staatsform oder ein Staat, in der eine kleine Gruppe die politische Herrschaft ausübt. Das Grundgesetz fordert eine strikte Machttrennung zwischen Exekutive, Legislative u Judikative. In Realität werden alle 3 Säulen unserer parlamentarischen Demokratie von den etablierten, im Bundestag vertretenen politischen Parteien (CDU/CSU, SPD, FDP, Die Grünen; außer der AfD) beherrscht. Sie können sich in den Rollen Regierung und Opposition beliebig ablösen, die vorhandenen Demokratie-Defizite werden davon nicht beeinflusst (deshalb Parteienoligarchie; plural). Jaspers kündigte es an und R.v. Weizsäcker konstatierte den Ist-Zustand: die Parteien haben sich den Staat zu Beute gemacht. Durch Wahlen lassen sie den Souverän über deren vorausgewählte Parteimitglieder abstimmen. Sog. politische Auseinandersetzungen sind Verteilungskämpfe um die Beute. Jaspers bezeichnete die Wahlen als „Aklamation zur Parteienoligarchie“.		Klassifizierung	
Frage Süddeutsche Zeitung (Ronen Steinke)	Antwort Nora Markard	Kommentare Rüter	
		das ist durch die Parteienoligarchie schon erledigt und die AfD bräuchte nur einfach da weiter machen, wo die anderen nach 74 Jahren aufgehört haben (die AfD fiel ins gemachte Nest)	A
		die AfD hätte sicher das Bestreben eigene Akzente zu setzen und neue Methoden einzuführen, was aber kein Problem ist, denn die Basisvoraussetzungen sind auch heute schon da	B
		die AfD müsste ganz von vorn anfangen, um dieses zu ihren Gunsten umzugestalten und um über dieses Thema die Macht zu erlangen	C
Hat die Justiz ein Mandat dafür?	Natürlich. Dafür ist eine Verfassung ja da! Auch wenn es oft bestritten wird. In Brasilien etwa hat der rechtsautoritäre Präsident Bolsonaro das Verfassungsgericht stark verbal angegriffen, um dessen Autorität in den Augen der Öffentlichkeit zu untergraben und um es als Sprachrohr der alten, abgewählten Regierung darzustellen.	Das gilt nur für Var1 das ist Ablenken von Deutschland	
Wie könnte eine AfD, die zum Beispiel in einem Bundesland an die Macht kommt, vorgehen?	Ein Mittel der rechtspopulistischen Regierung in Polen war, dass sie eine neue, niedrigere Altersgrenze für Richter eingeführt hat. Das klingt erst einmal politisch unverdächtig. Aber so mussten auf einen Schlag ganz viele Richterinnen und Richter pensioniert werden, und die Regierung hatte plötzlich die Chance , die Justiz mit ihren Gefolgsleuten zu fluten, also gewissermaßen den Vetospieler zu neutralisieren.	das ist Ablenken von Deutschland diese Möglichkeit hat jede an der Macht befindliche Regierung Das Wichtigste ist das existierende verfassungswidrige Richterwahlgesetz und die etablierte Praxis die Gesetze (auch dieses) zu missachten Die Möglichkeit zur Flutung haben die Parteienoligarchen sich schon längst geschaffen und sie nutzen sie ausgiebig; siehe u.a. das verfassungswidrige Richterwahlgesetz (siehe [IG_S12]_20201212_Die staatlichen Juristen – ein Berufsstand zwischen Missbrauch und Größenwahn “, Kap. VI „Wie kommen die Richter auf ihre Posten?“ mit den Unterkapiteln: VI.11 „Staatsanwaltschaft“, VI.12 „Die Richter des Bundesverfassungsgerichts“, VI.13 „Die Kosmetik bei der Wahl des Wahlausschusses“, VI.14 „Die Richter der Obersten Gerichtshöfe“, VI.15 „Die Richter der Ersten und Zweiten (Berufungs-) Instanz, VI.16 Rütters im Zwiespalt zwischen Niveaulosigkeit der Richter und Richterrecht“)	B A
Welche anderen Tricks gibt es?	Man vergrößert Gerichte. Das heißt, man gewährt der Justiz, die doch immer so sehr über ihre hohen Aktenberge klagt, zum Beispiel 30 Prozent zusätzliche Richterstellen. Diese neuen Jobs gehen dann alle an treue Parteigänger.	Diese Möglichkeit hat jede an der Macht befindliche Regierung. Das Wichtigste ist, die gesetzwidrigen Methoden sind längst etabliert	B
Wäre das auch beim Bundesverfassungsgericht möglich?	Durchaus. Zum Beispiel, wenn eine neue, von der AfD mitgeprägte Regierung sagen würde: Wir erweitern das Bundesverfassungsgericht um einen zusätzlichen, dritten Senat. In diesen dritten Senat kommen dann alle politisch besonders heiklen Fälle, und dort sitzen als Entscheider dann lauter neue Leute. Das hat der Verfassungsblog-Gründer Maximilian Steinbeis schon mal ganz nüchtern als juristisches Gedankenexperiment vorgeführt. Sein Text „Der Volkskanzler“ war auch in der SZ zu lesen.	Es wäre nicht nur möglich, auch heutzutage bestimmen die Parteienoligarchen die Bundesverfassungsrichter (siehe [IG_S12]_20201212_Die staatlichen Juristen – ein Berufsstand zwischen Missbrauch und Größenwahn “, Kap. VI „Wie kommen die Richter auf ihre Posten?“ Unterkapitel: VI.12 „Die Richter des Bundesverfassungsgerichts“ Warum so kompliziert, wenn man schon den ersten und zweiten Senat voll im Griff hat Diese Aussage verwechselt 2 Dinge: Wenn jemand einen Verfassungsblog gegründet hat heißt das nicht automatisch, dass er auch Verstand hat. Das „juristische Gedankenexperiment“ ist unter https://verfassungsblog.de/ein-volkskanzler/ nachzulesen; es glänzt von vergleichbarer Realitätsferne bzgl. des Zustands der bundesdeutschen Judikative, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie wie dieses Interview. Wer die Realität zur Kenntnis nimmt, braucht dieses "faszinierende, beängstigende, erschütternde, dystopische, ..." (alles Zitate aus den dort zu findenden Kommentaren - Volkesstimme) Gedankenexperiment nicht, es ist ihm schon von der Realität, der gegenüber dieses Gedankenexperiment eher ein lächerliches Zerrbild zeichnet, speißel.	A A
Wer wählt hier die Richter aus?	In den meisten Bundesländern machen das sogenannte Richterwahlausschüsse . Dort haben die Abgeordneten und damit die Parteien viel Mitsprache . Das soll eine gewisse demokratische Legitimation herstellen. Aber das heißt auch: Wenn die AfD so stark ist wie in Sachsen oder Thüringen, dann gibt ihr das Einfluss.	Dies ist ein Geständnis, dass die in den gewählten Parlamenten (Bundestag, Landesparlamente) sitzenden Abgeordneten eigentlich nur die Interessenvertreter der politischen Parteien sind. Also nichts mit unabhängiger und das Volk vertretender Legislative, sondern Parteienoligarchie. Die Aussage, dass dadurch eine "gewisse demokratische Legitimation" hergestellt würde, ist der blanke Hohn.	A A

Parteienoligarchie Die Oligarchie („Herrschaft von wenigen“) ist eine Staatsform oder ein Staat, in der eine kleine Gruppe die politische Herrschaft ausübt. Das Grundgesetz fordert eine strikte Machttrennung zwischen Exekutive, Legislative u Judikative. In Realität werden alle 3 Säulen unserer parlamentarischen Demokratie von den etablierten, im Bundestag vertretenen politischen Parteien (CDU/CSU, SPD, FDP, Die Grünen; außer der AfD) beherrscht. Sie können sich in den Rollen Regierung und Opposition beliebig ablösen, die vorhandenen Demokratie-Defizite werden davon nicht beeinflusst (deshalb Parteienoligarchie; plural). Jaspers kündigte es an und R.v. Weizsäcker konstatierte den Ist-Zustand: die Parteien haben sich den Staat zu Beute gemacht. Durch Wahlen lassen sie den Souverän über deren vorausgewählte Parteimitglieder abstimmen. Sog. politische Auseinandersetzungen sind Verteilungskämpfe um die Beute. Jaspers bezeichnete die Wahlen als „Aklamation zur Parteienoligarchie“.		Klassifizierung	
		das ist durch die Parteienoligarchie schon erledigt und die AfD bräuchte nur einfach da weiter machen, wo die anderen nach 74 Jahren aufgehört haben (die AfD fiel ins gemachte Nest)	A
		die AfD hätte sicher das Bestreben eigene Akzente zu setzen und neue Methoden einzuführen, was aber kein Problem ist, denn die Basisvoraussetzungen sind auch heute schon da	B
		die AfD müsste ganz von vorn anfangen, um dieses zu ihren Gunsten umzugestalten und um über dieses Thema die Macht zu erlangen	C
Frage Süddeutsche Zeitung (Ronen Steinke)	Antwort Nora Markard	Kommentare Rüter	
Wenn schon bisher die Parteien einen solchen Einfluss auf die unabhängige Justiz haben, dann wäre es ganz normal, wenn ihn auch die AfD hätte?	Ein Unterschied besteht allerdings. Bisher gilt in Deutschland ein demokratischer Comment . Man strebt bei der Wahl von Richtern einen gewissen Konsens an. Wer politisch in der Mehrheit ist, der geht trotzdem fair um mit der Minderheit . Weil allen klar ist: Ich könnte ja bald selbst wieder in der Minderheit sein.	Dass die Parteien (Exekutive, und - über die Vorgaben der Wahllisten mit einem verfassungswidrigen Wahlgesetz - die Legislative) einen solchen Einfluss auf die "unabhängige" Justiz haben, ist eine nicht zu übersehende und nicht zu leugnende Tatsache. Tatsache ist aber auch, dass dadurch die durch unsere Verfassung garantierte Gewaltenteilung zwischen den drei Säulen unserer verfassungsmäßigen Ordnung (Exekutive, Legislative und Judikative) ausgehebelt wurde. Parteienoligarchen, die dieses bewirkt haben, haben "Hochverrat gegen den Bund" begangen. Die Machtverteilungsspielchen der Parteien in der Parteienoligarchie sind kein demokratischer Comment, sondern undemokratische Machtverteilungsspielchen innerhalb eines nicht demokratisch legitimierten Machtapparates, der sich anmaßt ein Verfassungsorgan zu sein; mit Demokratie hat das gar nichts zu tun. Mehrheit und Minderheit sind nichts weiter als Prozentanteile im Machtgeklügel der Parteienoligarchie (Exekutive und Legislative).	A A
Könnte die AfD mit solchen ungeschriebenen Regeln brechen?	Genau. Bei Parteien; die bestrebt sind, ihre Herrschaft so abzusichern, dass sie nicht mehr in der Minderheit landen, besteht wenig Interesse daran, bei solchen demokratischen Gepflogenheiten mitzuspielen. Theoretisch könnte eine AfD-Mehrheit auch dazu ansetzen, durchzuregieren und ihre Gefolgsleute durchzudrücken. Mir scheint, wir unterschätzen manchmal, wie viel in unserem politischen System bislang nur deshalb so gut funktioniert, weil die Akteure sich demokratischen Umgangsformen verpflichtet fühlen.	Das tun die Parteien heute auch schon; jede kämpft um ihre Machtanteile; "demokratische Gepflogenheiten" kann man das nicht nennen (in jeder Mafia-Organisation finden die gleichen Verteilungskämpfe statt). dto mir scheint, die Frau Prof. Nora Markard ist irgendwie uninformiert	A A
Für die Wahl von Verfassungsrichtern braucht es allerdings Zweidrittelmehrheiten. Das stellt sicher, dass keine Regierung umstrittene Kandidaten alleine durchdrücken kann,	Ja, schon. Aber In Deutschland ist es ähnlich wie in Polen: Die Regeln, wie unsere Gerichte besetzt werden, stehen in ganz normalen Gesetzen, und die kann man mit einfacher parlamentarischer Mehrheit jederzeit ändern. Das heißt: Da könnte eine Regierungsmehrheit auch einfach nach mehr Macht greifen.	Es wäre angebracht der Realität ins Auge zu schauen (siehe [IG_S12]_20201212_Die staatlichen Juristen – ein Berufsstand zwischen Missbrauch und Größenwahn ", Kap. VI "Wie kommen die Richter auf ihre Posten?" Unterkapitel: VI.12 "Die Richter des Bundesverfassungsgerichts" das ist Ablenken von Deutschland Man kann auch einfach die Gesetze ganz normal missachten, denn es gibt für Straftaten von Mitgliedern staatlicher Behörden dank der Blockade durch alle bundesdeutschen Staatsanwaltschaften keine Strafverfolgung gegen diese (s.u. [IG_S13]_20210926_Die kriminellen Politiker und ihre „von der Leine gelassenen“ Staatsanwälte _mit Nachträgen 10.03.2023 und 19.05.2023) Und da alle etablierten politischen Parteien der Parteienoligarchie das tun, kräht kein Hahn danach. da ist der Konjunktiv völlig fehl am Platz	A A

Frage Süddeutsche Zeitung (Ronen Steinke)		Antwort Nora Markard	Kommentare Rüter	Klassifizierung
<p>Parteienoligarchie Die Oligarchie („Herrschaft von wenigen“) ist eine Staatsform oder ein Staat, in der eine kleine Gruppe die politische Herrschaft ausübt. Das Grundgesetz fordert eine strikte Machttrennung zwischen Exekutive, Legislative u Judikative. In Realität werden alle 3 Säulen unserer parlamentarischen Demokratie von den etablierten, im Bundestag vertretenen politischen Parteien (CDU/CSU, SPD, FDP, Die Grünen; außer der AfD) beherrscht. Sie können sich in den Rollen Regierung und Opposition beliebig ablösen, die vorhandenen Demokratie-Defizite werden davon nicht beeinflusst (deshalb Parteienoligarchie; plural). Jaspers kündigte es an und R.v. Weizsäcker konstatierte den Ist-Zustand: die Parteien haben sich den Staat zu Beute gemacht. Durch Wahlen lassen sie den Souverän über deren vorausgewählte Parteimitglieder abstimmen. Sog. politische Auseinandersetzungen sind Verteilungskämpfe um die Beute. Jaspers bezeichnete die Wahlen als „Aklamation zur Parteienoligarchie“.</p>			<p>das ist durch die Parteienoligarchie schon erledigt und die AfD bräuchte nur einfach da weiter machen, wo die anderen nach 74 Jahren aufgehört haben (die AfD fiel ins gemachte Nest)</p> <p>die AfD hätte sicher das Bestreben eigene Akzente zu setzen und neue Methoden einzuführen, was aber kein Problem ist, denn die Basisvoraussetzungen sind auch heute schon da</p> <p>die AfD müsste ganz von vorn anfangen, um dieses zu ihren Gunsten umzugestalten und um über dieses Thema die Macht zu erlangen</p>	<p>A</p> <p>B</p> <p>C</p>
<p>Das heißt, unsere Justiz ist eine offene Flanke der Demokratie?</p>	<p>Sie ist sehr verwundbar, ja.</p> <p>Zumal wir in der Weimarer Republik gesehen haben, dass auch Juristen, die keine glühenden Faschisten waren, sich zurückgezogen haben auf die bequeme Behauptung, dass sie als Juristen ja nur neutral das Recht anwenden und keinen Streit mit der neuen Regierung suchen würden.</p> <p>Das heißt, sie haben reihenweise von sich aus darauf verzichtet, das ihnen zukommende Veto auszuspielen.</p>	<p>Sie ist nicht "sehr verwundbar", sondern sehr missbrauchbar</p> <p>Aus [IG_S12] "20201212_Die staatlichen Juristen – ein Berufsstand zwischen Missbrauch und Größenwahn" - Zusammenfassung:</p> <p>"Die Juristen der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere Richter und Staatsanwälte, sind 75 Jahre nach dem Ende der Nazi-Diktatur noch immer nicht in der Demokratie angekommen. Sie sehen die Bundesrepublik nicht als „demokratischen Rechtsstaat“ sondern als Richterstaat, in welchem sie über den Gesetzen stehen. Nach ihren Vorstellungen ist RECHT genau das, was sie selbstherrlich und kriminell produzieren.</p> <p>Die Richter und Staatsanwälte merken nicht, dass sie, wie in „guten alten Zeiten der deutschen Diktaturen“, von den Politikern zu deren Machterhalt und Machtvermehrung missbraucht werden."</p> <p>(siehe [IG_S12])</p> <p>Kap. IV "Die Auslegungsmethodik der Juristen"</p> <p>Kap. V "Das Ausmass der Gefährdung - Juristen"</p> <p>Kap. VII "die Wirkung der Nazi-Staatsrechtslehre Carls Schmitts auf bundesdeutsche Politiker und Juristen"</p> <p>Kap. VIII "Ausblick - die Misere in Kürze"</p> <p>[IG_K-JU_101] Bernd Rütters "Die heimliche Revolution vom Rechtsstaat zum Richterstaat, Verfassung und Methoden - Ein Essay", Kommentiert Dr. A. Rüter (149 S.)</p> <p>[IG_K-JU_102] - [IG-K-JU_105] diversos</p> <p>Das ist das Aufwärmen des alten Märchens. Das deutsche Volk war hingegen in der Mehrheit ein Volk von Mitläufern, die sich keinesfalls in die innere Emigration zurück gezogen haben, sondern die begeistert mitgelaufen sind (Hitler wurde gewählt !). Erst nach 1945 mutierten sie alle zu ehemaligen Widerstandskämpfern.</p>	<p>A</p> <p>A</p>	
<p>Woran mangelte es?</p> <p>Sondern? Parteiisch?</p>	<p>Es kommt auch auf ein Verfassungsethos von Richterinnen und Richtern an. Es muss unser Anspruch sein, dass die Richterschaft eine politische Umbruchsituation und Gefahr erkennt - und dass sie dann nicht neutral bleibt.</p> <p>Parteiisch für das Grundgesetz, ja.</p> <p>Das Grundgesetz schreibt eine liberale Ordnung vor, es hält den Raum offen für eine pluralistische Gesellschaft, für Meinungsvielfalt. Gerichte, die das verteidigen, sind natürlich problematisch für eine autoritäre Regierung, die versuchen will, bestimmte Lebensformen hinauszudrängen aus einer Gesellschaft.</p>	<p>Es mangelt an Parteipolitikern, die die Gesetze einhalten insbesondere auch die Verfassung</p> <p>In der Folge mangelt es an Richtern, die die Gesetze einhalten; insbes. auch die Verfassung (Art. 20 (3), 97 (1) GG)</p> <p>Die Richter brechen in der Mehrheit fortlaufend die Verfassung, indem sie die Gesetze nicht anwenden, sondern "auslegen"/"verdrehen"/"rechtsbeugen". Wo kommt da jetzt die Schnapsidee her sie sollten einen Verfassungsethos haben ?</p> <p>Sie dienen den Herrschenden mit ihren "Künsten" der Wortverdreherei/Rechtsverdreherei/Rechtsbeugung. In nicht demokratische Ordnungen in Deutschland haben sie den Diktatoren gedient; in unserer Demokratie haben sie die Parteienoligarchen als die wahren Herrscher ausgemacht, denen sie ihre "Künste" angedeihen lassen.</p> <p>Geschwafel</p> <p>Die Aufgabe der Richter in Gerichten ist die Rechtsprechung nach "Gesetz und Recht" und nicht die Verteidigung von "liberaler Ordnung", "pluralistischer Gesellschaft" und "Meinungsvielfalt".</p> <p>Insbesondere sollten sie die Gesetze inkl. des Grundgesetzes selbst einhalten.</p>		

Frage Süddeutsche Zeitung (Ronen Steinke)		Antwort Nora Markard	Kommentare Rüter	Klassifizierung
<p>Parteienoligarchie Die Oligarchie („Herrschaft von wenigen“) ist eine Staatsform oder ein Staat, in der eine kleine Gruppe die politische Herrschaft ausübt. Das Grundgesetz fordert eine strikte Machttrennung zwischen Exekutive, Legislative u Judikative. In Realität werden alle 3 Säulen unserer parlamentarischen Demokratie von den etablierten, im Bundestag vertretenen politischen Parteien (CDU/CSU, SPD, FDP, Die Grünen; außer der AfD) beherrscht. Sie können sich in den Rollen Regierung und Opposition beliebig ablösen, die vorhandenen Demokratie-Defizite werden davon nicht beeinflusst (deshalb Parteienoligarchie; plural). Jaspers kündigte es an und R.v. Weizsäcker konstatierte den Ist-Zustand: die Parteien haben sich den Staat zu Beute gemacht. Durch Wahlen lassen sie den Souverän über deren vorausgewählte Parteimitglieder abstimmen. Sog. politische Auseinandersetzungen sind Verteilungskämpfe um die Beute. Jaspers bezeichnete die Wahlen als „Akklamation zur Parteienoligarchie“.</p>			<p>das ist durch die Parteienoligarchie schon erledigt und die AfD bräuchte nur einfach da weiter machen, wo die anderen nach 74 Jahren aufgehört haben (die AfD fiel ins gemachte Nest)</p> <p>die AfD hätte sicher das Bestreben eigene Akzente zu setzen und neue Methoden einzuführen, was aber kein Problem ist, denn die Basisvoraussetzungen sind auch heute schon da</p> <p>die AfD müsste ganz von vorn anfangen, um dieses zu ihren Gunsten umzugestalten und um über dieses Thema die Macht zu erlangen</p>	<p>A</p> <p>B</p> <p>C</p>
<p>Das heißt, Sie warnen nicht nur vor AfD-Heißspornen, die in staatliche Institutionen hineingehievt werden könnten, sondern auch vor gedankenlosen Technokraten, die sich als vermeintlich neutral gerieren?</p>		<p>Ja. Das ist eine Gefahr nicht nur in der Justiz.</p> <p>Auch jeder einzelne Beamte, jede einzelne Beamtin hat die Pflicht, die Grundrechte hochzuhalten und gegen Angriffe zu verteidigen. Wenn dieses Bewusstsein zu schwach ist, dann können schon wenige - wie Sie sagen - Heißsporne die Realität im Staatsapparat verändern.</p> <p>Natürlich sind Juristen und Juristinnen damit immer auf Messers Schneide unterwegs:</p> <p>Einerseits dürfen sie das Recht in den Dienst der eigenen, persönlichen Agenda stellen.</p> <p>Zugleich verlangt aber das Grundgesetz, dass sie bei der Rechtsanwendung immer die Werte des Grundgesetzes verwirklichen.</p>	<p>Die Missachtung der Gesetze, insbesondere der Verfassung, durch die Mitarbeiter der öffentlich-rechtlichen Organisationén (Behörden des Staates) ist keine drohende Gefahr, denn es ist längst eingetreten</p> <p>Jeder einzelne Beamte, jede einzelne Beamtin hat nicht die Pflicht die Gesetze "hochzuhalten", sondern einzuhalten; so wie jeder andere Bürger der Bundesrepublik Deutschland auch. Für das Verteidigen gegen Angriffe ist der Staatsschutz (BND, u.ä.) zuständig.</p> <p>Bis heute sind es nicht Heißsporne, die die Realität im Staatsapparat verändert haben, sondern völlig gleichgültige und zu vielem missbrauchbare (i.d.R. im Geiste ziemlich lahme) Beamte.</p> <p>Die staatlich angestellten Juristen stehen mitnichten auf irgendeines Messers Schneide. Sie können soviel Straftaten begehen wie sie wollen (wenn sie dies im Interesse der Parteienoligarchen tun, umso besser), das Strafverfolgungs-Exklusivrecht der politischen, von der Exekutive gesteuerten Beamten aller bundesdeutschen Staatsanwaltschaften und deren bundesweit etablierten einheitlichen Methoden:</p> <p>[JG_S13]_20210926_Die kriminellen Politiker und ihre „von der Leine gelassenen“ Staatsanwälte _mit Nachträgen 10.03.2023 und 19.05.2023</p> <p>Kap. III Das Resümee - Hochverrat gegen den Bund (§ 81 StGB)</p> <p>Kap. III.7 Die Parteienoligarchie und ihre Generalstaatsanwälte (pB)</p> <p>Kap. III.7.1 Die personelle Verbandelung</p> <p>Kap. III.7.2 Sie brechen europäisches Recht - Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten</p> <p>Kap. III.7.3 Was ist also die wahre Bedeutung der Staatsanwälte für die Parteipolitiker?</p> <p>Kap. IV Nachtrag - Aushebelung grundrechtsgleicher Rechte</p> <p>Kap. IV.8 Methode zur Aushebelung der grundrechtsgleichen Rechte aus Art 103 GG</p> <p>Kap. IV.8.1 Herleitung am konkreten Beispiel</p> <p>Kap. IV.8.2 Methode zur Ausübung politisch motivierter Willkürjustiz durch Staatsanwälte</p> <p>In welchem Gesetz sollte das geregelt sein; wie kann man nur etwas derartig Abwegiges behaupten</p> <p>In welchem Artikel des GG soll das geregelt sein ?</p> <p>Ich kenne nur die Art. 20 (3) und 97 (1) GG nach welchen sie in ihrer Rechtsprechung "Gesetz und Recht" einzuhalten haben (und nicht etwa die Interessen der Parteienoligarchie)</p>	<p>A</p> <p>B</p>

<p>Parteienoligarchie Die Oligarchie („Herrschaft von wenigen“) ist eine Staatsform oder ein Staat, in der eine kleine Gruppe die politische Herrschaft ausübt. Das Grundgesetz fordert eine strikte Machttrennung zwischen Exekutive, Legislative u Judikative. In Realität werden alle 3 Säulen unserer parlamentarischen Demokratie von den etablierten, im Bundestag vertretenen politischen Parteien (CDU/CSU, SPD, FDP, Die Grünen; außer der AfD) beherrscht. Sie können sich in den Rollen Regierung und Opposition beliebig ablösen, die vorhandenen Demokratie-Defizite werden davon nicht beeinflusst (deshalb Parteienoligarchie; plural). Jaspers kündigte es an und R.v. Weizsäcker konstatierte den Ist-Zustand: die Parteien haben sich den Staat zu Beute gemacht. Durch Wahlen lassen sie den Souverän über deren vorausgewählte Parteimitglieder abstimmen. Sog. politische Auseinandersetzungen sind Verteilungskämpfe um die Beute. Jaspers bezeichnete die Wahlen als „Aklamation zur Parteienoligarchie“.</p>		<p>das ist durch die Parteienoligarchie schon erledigt und die AfD bräuchte nur einfach da weiter machen, wo die anderen nach 74 Jahren aufgehört haben (die AfD fiel ins gemachte Nest) die AfD hätte sicher das Bestreben eigene Akzente zu setzen und neue Methoden einzuführen, was aber kein Problem ist, denn die Basisvoraussetzungen sind auch heute schon da die AfD müsste ganz von vorn anfangen, um dieses zu ihren Gunsten umzugestalten und um über dieses Thema die Macht zu erlangen</p>		<p>Klassifizierung</p>
<p>Frage Süddeutsche Zeitung (Ronen Steinke)</p>	<p>Antwort Nora Markard</p>	<p>Kommentare Rüter</p>		
<p>In Hessen hat ein Richter unlängst ausgeführt, die NPD-Parole „Migration tötet“ sei völlig korrekt. Gleichzeitig war er am Verwaltungsgericht für Asyl zuständig. In Sachsen ist gerade ein Richter aufgefallen, der asylkritische Texte in der rechtsradikalen Jungen Freiheit schreibt.</p>	<p>Solche Äußerungen von der Richterbank sind katastrophal, weil sie diesen Positionen eine ganz andere Legitimität verleihen können. Diese Beispiele zeigen auch, dass wir gar nicht nur über ferne Szenarien einer plötzlichen AfD-Machtübernahme sprechen müssen.</p> <p>Die Erosion findet auch heute schon statt und muss bekämpft werden. Es bröckelt schon.</p>	<p>So etwas passiert, wenn man die Demokratisierung der Justiz nach 1945 vergessen hat (siehe oben: aus [IG_S12]_20201212_Die staatlichen Juristen – ein Berufsstand zwischen Missbrauch und Größenwahn - Zusammenfassung: ...)</p> <p>und wenn man sehenden Auges zugelassen hat, dass die alten Nazi-Juristen die Juristendenke ("wir interpretieren die Gesetze nach Lust und Laune, also bestimmen wir, was Recht ist und was nicht", "was der Gesetzgeber mit dem Gesetz wollte, bestimmen immer noch wir") in der staatlichen Juristenausbildung der Bundesrepublik Deutschland etabliert haben, wo sie bis heute fröhliche Urständ feiert. Was lernen die Juristen hier in der BRD in ihrer deutschen Juristen-Ausbildung: Sie lernen Art. 20 (3) und 97 (1) des Grundgesetzes zu missachten und sie lernen insbesondere das Handwerk der "Gesetzes-Interpretation", also der Sprachverbiegung > Rechtsverbiegung > Rechtsbeugung (§ 339 StGB i.V.m. §12 StGB ein Verbrechen), d.h. sie lernen im Auftrag der Staatsmächtigen Verbrechen zu begehen.</p> <p>Und so etwas passiert, wenn man den Richtern ständig mitteilt, für sie gelten die Gesetze nicht, und sie haben keine Strafverfolgung zu befürchten, denn die als politische Beamte den Justizministern (also der Exekutive) per Weisung unterstellten bundesdeutschen Staatsanwälte verhindern mit ihren bundesweit etablierten Methoden jegliche Strafverfolgung von Gesetze brechenden Beamten; und dies gilt insbesondere auch für alle Richter und Staatsanwälte (s.o.): [IG_S13]_20210926_Die kriminellen Politiker und ihre „von der Leine gelassenen“ Staatsanwälte _mit Nachträgen 10.03.2023 und 19.05.2023</p> <p>Falsch, die in den 73 Jahren durch die Parteienoligarchie betriebene Erosion ist längst gelaufen; es bröckelt nicht schon, sondern es ist schon ziemlich viel zerbrösel. Von den 10 Kriterien, ob die Bundesrepublik Deutschland eine Demokratie ist, werden gerade einmal noch 3¹/₂ erfüllt.</p>	<p>B</p> <p>B</p>	

Frage Süddeutsche Zeitung (Ronen Steinke)	Antwort Nora Markard	Kommentare Rüter	Klassifizierung
<p>Parteienoligarchie Die Oligarchie („Herrschaft von wenigen“) ist eine Staatsform oder ein Staat, in der eine kleine Gruppe die politische Herrschaft ausübt. Das Grundgesetz fordert eine strikte Machttrennung zwischen Exekutive, Legislative u Judikative. In Realität werden alle 3 Säulen unserer parlamentarischen Demokratie von den etablierten, im Bundestag vertretenen politischen Parteien (CDU/CSU, SPD, FDP, Die Grünen; außer der AfD) beherrscht. Sie können sich in den Rollen Regierung und Opposition beliebig ablösen, die vorhandenen Demokratie-Defizite werden davon nicht beeinflusst (deshalb Parteienoligarchie; plural). Jaspers kündigte es an und R.v. Weizsäcker konstatierte den Ist-Zustand: die Parteien haben sich den Staat zu Beute gemacht. Durch Wahlen lassen sie den Souverän über deren vorausgewählte Parteimitglieder abstimmen. Sog. politische Auseinandersetzungen sind Verteilungskämpfe um die Beute. Jaspers bezeichnete die Wahlen als „Aklamation zur Parteienoligarchie“.</p>		<p>das ist durch die Parteienoligarchie schon erledigt und die AfD bräuchte nur einfach da weiter machen, wo die anderen nach 74 Jahren aufgehört haben (die AfD fiel ins gemachte Nest) die AfD hätte sicher das Bestreben eigene Akzente zu setzen und neue Methoden einzuführen, was aber kein Problem ist, denn die Basisvoraussetzungen sind auch heute schon da die AfD müsste ganz von vorn anfangen, um dieses zu ihren Gunsten umzugestalten und um über dieses Thema die Macht zu erlangen</p>	<p>A B C</p>
<p>Was bräuchte es, um unsere Demokratie gegen autoritäre Übernahmen resilienter zu machen?</p>	<p>Rechtliche Sicherheitsmechanismen zu stärken, ist immer möglich. Zum Beispiel, indem man Regelungen aus einfachen Gesetzen künftig sicherheitshalber in der Verfassung verankert.</p> <p>Aber Gesetze allein reichen nicht. Demokratie braucht Demokraten, in den Gerichten, in der Polizei, in der Regierung, in der Zivilgesellschaft.</p>	<p>Es bräuchte dringend eine Kontrolle der Macht der etablierten politischen Parteien (Parteienoligarchie) und es bräuchte dringend eine Demokratisierung des Wahlsystems, damit die "vom Souverän gewählten Vertreter" zur Abwechslung mal tatsächlich die gewählten Vertreter des Souveräns sind und nicht irgendein parteiinternes vorausgewähltes Stimmvieh (konkret: 1. ersatzlose Streichung Artikel 21 Grundgesetz, 2. flächendeckende Einführung des ausschließlichen direkten Wahlrechts). Und es bräuchte (zumindest eine Mehrheit der) Bundesbürger, die anfangen selbst zu denken und sich nicht dauernd von den Parteienoligarchen vorgekaute "Wahrheiten" (z.B. über die Bedrohungen durch die AfD) von "selbsternannten 'Influencer Eliten' als Claqueure" eintrichtern lassen.</p> <p>Warnungen, dass diese Parteienoligarchie in der nächsten deutschen Diktatur enden wird, hat es schon 1966 von Karl Jaspers gegeben und Richard von Weizsäcker hat von 1982 bis 1992 immer wieder gewarnt: "die Parteien haben sich den Staat zur Beute gemacht". Zu ergänzen ist, sie haben sich auch die Judikative, die Demokratie und den Rechtsstaat zur Beute gemacht:</p> <p>[IG_S13]_20210926_Die kriminellen Politiker und ihre „von der Leine gelassenen“ Staatsanwälte _mit Nachträgen 10.03.2023 und 19.05.2023</p> <p>Kap. II Die Parteienoligarchen spielen das Theater der "Demokratie"</p> <p>Kap. II.5 Die Exekutive "paktiert" für den Rechtsstaat</p> <p>Kap. II.5.1 Die zunehmenden Zweifel des Staatsvolks</p> <p>Kap. II.5.2 Protokoll des "Paktes" der Kanzlerin und der Ministerpräsidenten mit Anmerkungen</p> <p>Kap. II.5.3 Selbstbild-Frembild-Inkongruenz</p> <p>Kap. II.5.4 Selbsternannte "Influencer-Eliten" als Claqueure</p> <p>Kap. II.6 Haben wir eine Demokratie - haben wir einen Rechtsstaat?</p> <p>Kap. II.6.1 Wer gefährdet die Stabilität der Demokratie? natürlich das dumme Staatsvolk</p> <p>Kap. II.6.2 Wir sehen es nicht als Einzige - Der Staat ist zur Beute der Parteien geworden</p> <p>Kap. II.6.3 Karl Jaspers - Richard von Weizsäcker - die missachteten Warnungen</p> <p>Kap. II.6.4 Nüchtern betrachtet - wo stehen wir? (Demokratie Ja : Nein - 3¹/₂ : 6¹/₂.)</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Konsequenz wäre, dass einfaches Recht zu Verfassungsrecht wird mit dem Ergebnis das alles zu Verfassungsrecht werden könnte (wer bestimmt darüber, etwa die Parteienoligarchen?) - das entstehende Durcheinander wäre das unwiderrufliche Ende des Rechtssystems; • ist gibt auch heute die Möglichkeit, dass der Tenor von Verfassungsgerichtsentscheidungen Gesetzesrang bekommt, wenn der Bundestag beschließt diesen zu diesem Zweck im Bundesgesetzblatt zu veröffentlichen; • unsere Gesetze und unser Recht (als Gesamtheit aller Gesetze und Verordnungen) sind nicht so schlecht wie man meint; das Problem ist, dass die Parteienoligarchen und die Mitarbeiter der staatlichen Behörden meinen sie stünden über dem Gesetz. <p>Die Parteienoligarchien haben diesen jämmerlichen Zustand unserer Demokratie und unseres Rechtsstaates geschaffen: Jetzt warnen sie vor der AfD, weil diese sich in ein gemachtes Nest setzen könnte (unter Ausnutzung all der geschaffenen Schweinereien) und viele, die die Lage nicht begreifen wollen oder nicht begreifen können, stimmen in den Chor der Warner ein. Es braucht dringend eine Reduktion der Macht der politischen Parteien und es braucht die Demokratisierung der staatlichen Behörden.</p>	

Parteienoligarchie Die Oligarchie („Herrschaft von wenigen“) ist eine Staatsform oder ein Staat, in der eine kleine Gruppe die politische Herrschaft ausübt. Das Grundgesetz fordert eine strikte Machttrennung zwischen Exekutive, Legislative u Judikative. In Realität werden alle 3 Säulen unserer parlamentarischen Demokratie von den etablierten, im Bundestag vertretenen politischen Parteien (CDU/CSU, SPD, FDP, Die Grünen; außer der AfD) beherrscht. Sie können sich in den Rollen Regierung und Opposition beliebig ablösen, die vorhandenen Demokratie-Defizite werden davon nicht beeinflusst (deshalb Parteienoligarchie; plural). Jaspers kündigte es an und R.v. Weizsäcker konstatierte den Ist-Zustand: die Parteien haben sich den Staat zu Beute gemacht. Durch Wahlen lassen sie den Souverän über deren vorausgewählte Parteimitglieder abstimmen. Sog. politische Auseinandersetzungen sind Verteilungskämpfe um die Beute. Jaspers bezeichnete die Wahlen als „Aklamation zur Parteienoligarchie“.		Klassifizierung	
Frage Süddeutsche Zeitung (Ronen Steinke)	Antwort Nora Markard	Kommentare Rüter	
Wenn wir hier so reden: Besteht nicht die Gefahr, dass wir der AfD eine Anleitung an die Hand geben'?	Das denke ich nicht. Die üblen Vorbilder aus dem Ausland sind längst da, die AfD berät sich sicher mit Gesinnungsgenossen aus Ungarn oder Polen. Es ist eher notwendig, dass auch diejenigen, die die AfD mit Sorge betrachten, sich dieser drohenden Möglichkeiten bewusst werden. Der schon erwähnte Verfassungsblog-Gründer Steinbeis sammelt daher gerade für ein großes Forschungsprojekt , das fertig werden soll, bis im kommenden Jahr in Thüringen, Brandenburg und Sachsen gewählt wird. Besser wir wachen früh auf als spät.	Das denke ich auch nicht. Nachfolger dieser Parteienoligarchie brauchen keine Anleitung mehr, das Werk ist bereits vollbracht das ist Ablenken von Deutschland Notwendig ist, denen die lautstark vor der AfD warnen und die selbst die Misere zu verantworten haben - die Parteienoligarchen - endlich einen Strich durch die Rechnung zu machen. Dazu wiederum ist es notwendig und unabdingbar, endlich die Situation, in der wir uns befinden, zur Kenntnis zu nehmen, und nicht dauernd mit falschen Behauptungen zu vernebeln. Diese Aussage verwechselt 2 Dinge: Wenn jemand einen Verfassungsblog gegründet hat heißt das nicht automatisch, dass er auch Verstand hat. Feigenblättchen: Wer die Realität nicht in Betracht zieht, kann "groß" forschen soviel er will, es wird nur Unbrauchbares heraus kommen. Es ist schwer aufzuwachen, wenn man die Augen nicht öffnen will	A B C
Ein anderes Instrument, für das sich Autoritäre immer interessieren, ist der Zugriff auf die Medien. In Deutschland gibt es die Rundfunkräte. Sie kontrollieren ARD und ZDF, Sie sind politisch besetzt.	In den Rundfunkräten sind vielfältige gesellschaftliche Gruppen repräsentiert, Kirchen, Gewerkschaften, Wirtschaft und so weiter. Politiker dürfen maximal ein Drittel stellen. Aber es stimmt: Welche Gruppen aus der Zivilgesellschaft Vertreter entsenden dürfen, entscheidet der Gesetzgeber , also die Regierungsmehrheit . Eine autoritäre Mehrheit könnte die Gewichte verschieben und sich dann viel härter bei ARD oder ZDF einmischen.	Kein Wunder, denn es klappt ja auch mit den Medienvertretern. Man braucht sich nicht sonderlich anzustrengen, sie blasen alle ins Horn der Staatsmächtigen. Die "vielfältigen gesellschaftlichen Gruppen" sind immer die gleichen Typen wie sie z.B. auch in den Vorständen der gesetzlichen Krankenkassen zu finden sind: abgehalfterte Parteipolitiker, die im Massenandrang von den Futtertrögen der Legislative oder Exekutive verdrängt wurden und nun zu nichts anderem taugen als sich auf Kosten der Allgemeinheit "wichtig / bedeutsam" zu fühlen. Ergänzt wird diese Herde der "Wanderarbeiter" durch selbsternannte Weltverbesserer, wie sie in Gewerkschaften und kirchlichen Organisationen zu finden sind, sie haben einen "Heiligenschein", eine tief sitzende Überzeugung zu wissen womit die Menschheit beglückt werden muss, und niemand hat sie gerufen, geschweige denn gewählt. Solche sind (um beim Beispiel zu bleiben) auch in Massen in den Verwaltungsräten der gesetzlichen Krankenkassen zu finden (denn um ihre Wahl glücken zu lassen, veranstaltet die Parteienoligarchie die "bundesweit zweitwichtigsten" Sozialwahlen als sog. Friedenswahl - Pöstchenverteilung mit Demokratie-Feigenblatt). also entscheiden Politiker auch über die restlichen 70% der Besetzung "... der Gesetzgeber, also die Regierungsmehrheit": Das zeigt die ganze hier stattfindende Herum-Eierei um die Wahrheit auf: der Gesetzgeber , dass sind die vom Volk gewählten Abgeordneten = Legislative (allerdings die von den politischen Parteien vorausgewählten Parteimitglieder), die Regierungsmehrheit ist die Exekutive - entschieden wird es aber durch "weder noch", sondern durch die Parteienoligarchie	B B B A B
Sollte man dieses Instrument entschärfen, bevor es in die falschen Hände fällt?	Man könnte daran denken vorzuschreiben, dass Mitglieder im Rundfunkrat keine Extremisten sein dürfen. Aber wenn eine neue politische Mehrheit an die Macht käme, hätte sie es ohnehin in der Hand, neu zu definieren, was als Extremismus gilt.	Man könnte vorschreiben, dass die Parteienoligarchie nicht darüber zu bestimmen hat, welche Gruppen aus der Zivilgesellschaft Vertreter entsenden dürfen. Darüber könnte z.B. ein Bundestag entscheiden, dessen Mitglieder über ein verfassungskonformes Wahlgesetz nur über eine Erststimme gewählt werden, dem nicht nur Mitglieder der politischen Parteien angehören und die dann eine Repräsentation des ganzen Volkes und nicht nur der Parteienoligarchie wären.	

Frage Süddeutsche Zeitung (Ronen Steinke)		Antwort Nora Markard	Kommentare Rüter	Klassifizierung
<p>Parteienoligarchie Die Oligarchie („Herrschaft von wenigen“) ist eine Staatsform oder ein Staat, in der eine kleine Gruppe die politische Herrschaft ausübt. Das Grundgesetz fordert eine strikte Machttrennung zwischen Exekutive, Legislative u Judikative. In Realität werden alle 3 Säulen unserer parlamentarischen Demokratie von den etablierten, im Bundestag vertretenen politischen Parteien (CDU/CSU, SPD, FDP, Die Grünen; außer der AfD) beherrscht. Sie können sich in den Rollen Regierung und Opposition beliebig ablösen, die vorhandenen Demokratie-Defizite werden davon nicht beeinflusst (deshalb Parteienoligarchie; plural). Jaspers kündigte es an und R.v. Weizsäcker konstatierte den Ist-Zustand: die Parteien haben sich den Staat zu Beute gemacht. Durch Wahlen lassen sie den Souverän über deren vorausgewählte Parteimitglieder abstimmen. Sog. politische Auseinandersetzungen sind Verteilungskämpfe um die Beute. Jaspers bezeichnete die Wahlen als „Aklamation zur Parteienoligarchie“.</p>			<p>das ist durch die Parteienoligarchie schon erledigt und die AfD bräuchte nur einfach da weiter machen, wo die anderen nach 74 Jahren aufgehört haben (die AfD fiel ins gemachte Nest)</p> <p>die AfD hätte sicher das Bestreben eigene Akzente zu setzen und neue Methoden einzuführen, was aber kein Problem ist, denn die Basisvoraussetzungen sind auch heute schon da</p> <p>die AfD müsste ganz von vorn anfangen, um dieses zu ihren Gunsten umzugestalten und um über dieses Thema die Macht zu erlangen</p>	<p>A</p> <p>B</p> <p>C</p>
<p>Legt das nicht der Verfassungsschutz fest?</p>	<p>Schon.</p> <p>Aber der Verfassungsschutz ist eine Behörde, die den Weisungen des jeweiligen Innenministeriums unterliegt und die dort gerade herrschende politische Haltung zu einem gewissen Grad wiedergibt.</p>	<p>der Verfassungsschutz sollte tunlichst nicht darüber entscheiden, wer in den Rundfunkräten die ARD und das ZDF kontrolliert und welche Eigenschaften diese haben müssen oder nicht haben dürfen</p> <p>... also eine Behörde, die der Exekutive untergeordnet ist, also besser der Parteienoligarchie</p>		
<p>Wenn die AfD in Thüringen an die Macht käme, dann würde sie dort nicht länger vom Verfassungsschutz als rechtsextrem eingestuft werden?</p>	<p>Nein, Ich würde davon ausgehen, dass eine Landesregierung unter AfD-Beteiligung einer solchen Einstufung und Beobachtung sofort den Stecker ziehen würde.</p> <p>Zu Extremisten erklärt würden dann in Thüringen eher andere. Vielleicht die Linkspartei oder sogar Teile der Grünen. Und natürlich zivilgesellschaftliche Organisationen, denen dann auch wichtige Gelder gestrichen würden.</p>	<p>So wie der Bayerische Ministerpräsident Markus Söder den "Generalstaatsanwalt in München" Reinhard Röttle missbraucht, um zwecks Erweiterung der CSU-Wählerschaft die "Letzte Generation" als "kriminelle Vereinigung" verfolgen zu lassen, würden natürlich auch andere Extremisten die geschaffenen Bedingungen zu ihrer Machtfestigung und zu ihrem Machtausbau benutzen (nicht wahr Herr Ronen Steinke ?)</p>	<p>A</p> <p>B</p>	
<p>Unser staatliches Institutionengefüge ist, wie Sie es beschreiben, äußerst anfällig. Das sind doch beängstigende Aussichten.</p>	<p>Allerdings. Wer in der Bundesrepublik eine politische Mehrheit erringt, der hat sehr viele Möglichkeiten. Das ist so in einer liberalen Demokratie.</p> <p>Wer sie erhalten will, muss also im demokratischen Wettstreit mitstreiten - und wählen gehen.</p>	<p>sehr richtige und wichtige Erkenntnis</p> <p>die AfD müsste nur da weiter machen wo die anderen aufgehört haben</p> <p>Das ist so, da die Parteienoligarchie in Deutschland seit 73 Jahren ihr Unwesen treibt und "sich den Staat zur Beute gemacht hat"</p> <p>Er muss vor allem richtig wählen. Wer diejenigen wählt, die dieses zu verantworten haben, hat nichts begriffen. Wer diejenigen wählt, die genau an der gleichen Stelle weiter machen werden, hat auch nichts begriffen.</p>	<p>A</p> <p>A</p>	

Sendenachweis:



Fr 15.09.2023 20:36

Arnd Rüter <arnd_rueter@web.de>

Auswertung Rüter_20230704 SZ Interview Ronen Steinke - Nora Markard - Nachschlag Dienst

An 'nora.markard@uni-muenster.de'; 'nmarkard@uni-muenster.de'; 'Ronen.Steinke@Sueddeutsche.de'



Sehr geehrte Frau Professor Markard,
sehr geehrter Herr Dr. Steinke,

wie erwartet haben Sie auf mein Schreiben vom 31.08.2023 nicht reagiert.

Damit Sie sich nicht einbilden können, das sei nur die Eintragsfliege eines geistig Verwirren gewesen, erhalten Sie anbei

[IG_K-PP_200] meine Dienstaufsichtsbeschwerde an Günther Kolbe, Präsident des Bayerischen

Landessozialgerichts, inkl. der Anlage:

[IG_K-LG_23153] persönliche Schreiben an die 5 Richter des Bayer. LSG

Feststellung des Zugeständnisses durch die Richter nach rechtsstaatlichen Prinzipien durch Fristablauf:

Begehung der Gesetzesbrüche/Straftaten entsprechend Tatsachenfeststellung und sog

"Urteile" rechtsungültig und nichtig

(12-09-2023 ausgeliefert)

Dr. Arnd Rüter

Empfangsbestätigungen:

Von: Markard, Nora [mailto:nmarkard@uni-muenster.de]

Gesendet: Freitag, 15. September 2023 21:39

An: Arnd Rüter <arnd_rueter@web.de>

Betreff: Read: Auswertung Rüter_20230704 SZ Interview Ronen Steinke - Nora Markard - Nachschlag Dienstaufsichtsbeschwerde an den Präsidenten des Bayer. Landessozialgerichts

Ihre Nachricht

An: Markard, Nora

Betreff: Auswertung Rüter_20230704 SZ Interview Ronen Steinke - Nora Markard - Nachschlag

Dienstaufsichtsbeschwerde an den Präsidenten des Bayer. Landessozialgerichts

Gesendet: Freitag, 15. September 2023 20:35:48 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien

wurde am Freitag, 15. September 2023 21:39:19 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien gelesen.

Von: Steinke, Ronen [mailto:ronen.steinke@sz.de]

Gesendet: Freitag, 15. September 2023 21:56

An: Arnd Rüter <arnd_rueter@web.de>

Betreff: Read: Auswertung Rüter_20230704 SZ Interview Ronen Steinke - Nora Markard - Nachschlag Dienstaufsichtsbeschwerde an den Präsidenten des Bayer. Landessozialgerichts

Ihre Nachricht

An: Steinke, Ronen

Betreff: Auswertung Rüter_20230704 SZ Interview Ronen Steinke - Nora Markard - Nachschlag

Dienstaufsichtsbeschwerde an den Präsidenten des Bayer. Landessozialgerichts

Gesendet: Freitag, 15. September 2023 20:35:48 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rome, Stockholm, Vienna

wurde am Freitag, 15. September 2023 21:56:15 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rome, Stockholm, Vienna gelesen.

Sendenachweis:




Mo 02.10.2023 21:29

Arnd Rüter <arnd_rueter@web.de>

ein paar Informationen zur aktuellen Bedrohung von Rechtsstaatlichkeit und Demokra

An 'nora.markard@uni-muenster.de'; 'nmarkard@uni-muenster.de'; 'Ronen.Steinke@Sueddeutsche.de'

 Diese Nachricht wurde mit der Priorität "Hoch" gesendet.



Sehr geehrte Frau Professor Markard,
sehr geehrter Herr Dr. Steinke,

nachdem Sie den Lesern der Süddeutschen Zeitung am 04.07.2023 so überaus vollmundig die zukünftige Bedrohung unserer Rechtsstaatlichkeit und Demokratie durch zukünftige Machthabende erklärt haben ([\[IG_O-MP_037\]](#), [\[IG_K-MP_022\]](#)), sind Sie jetzt seltsam verschwiegen.

Ich hatte Ihnen am 15.09.2023 zur Erläuterung der gegenwärtigen Bedrohung unserer Rechtsstaatlichkeit und Demokratie durch allgegenwärtige Machthabende eine Dienstaufsichtsbeschwerde an den Präsidenten des Bayerischen Landessozialgerichts Kolbe gesandt ([\[IG_K-PP_200\]](#)). Anbei nun seine Art solche Dienstaufsichtsbeschwerden zu „bearbeiten“ ([\[IG_K-LG_23155\]](#) = [\[IG_K-PP_201\]](#)) und daraufhin meine Art das gebührend zu würdigen ([\[IG_K-LG_23156\]](#) = [\[IG_K-PP_202\]](#)).

Damit Sie nicht meinen, ich hätte da seltsamerweise mit irgendwelchen Exoten (die es ja in jedem Bereich einer Gesellschaft gibt) zu tun, sende ich zusätzlich noch zwei aktuelle Schreiben an Richter des Landgerichts München II (Strafabteilung [\[IG_K-JU_485\]](#), Zivilabteilung [\[IG_K-JU_494\]](#)) zur Ergänzung der Palette des Wirkens der allgegenwärtigen Machthabenden.

Sie sehen, Sie bekommen nur ein paar ausgewählte Schriftstücke und ich bombardiere Sie nicht mit allem, was da so im Tageseinerlei anfällt. Das könnten Sie natürlich auch vollständig durch LESEN (www.ig-gmg-geschaedigte.de) kennenlernen, aber ich weiß nicht, ob Sie sich zu solch einer Leistung schon aufraffen können. Ich bemühe mich lediglich redlich Sie zum Denken anzuregen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Arnd Rüter

Empfangsbestätigungen:

Von: Markard, Nora [mailto:nmarkard@uni-muenster.de]

Gesendet: Montag, 2. Oktober 2023 21:46

An: Arnd Rüter <arnd_rueter@web.de>

Betreff: Read: ein paar Informationen zur aktuellen Bedrohung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie

Priorität: Hoch

Ihre Nachricht

An: Markard, Nora

Betreff: ein paar Informationen zur aktuellen Bedrohung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie

Gesendet: Montag, 2. Oktober 2023 21:29:11 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien

wurde am Montag, 2. Oktober 2023 21:46:09 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien gelesen.

Sendenachweis:



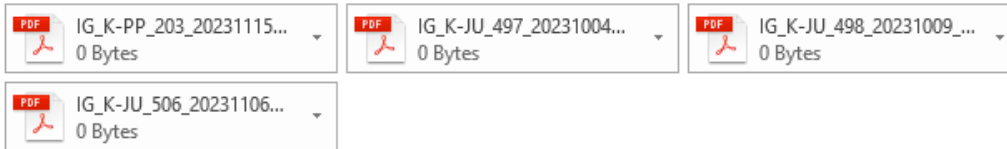
Sa 25.11.2023 21:56

Arnd Rüter <arnd_rueter@web.de>

OFFENER BRIEF wegen der Zustände in Rechtsstaatlichkeit und Demokratie

An 'nora.markard@uni-muenster.de'; 'nmarkard@uni-muenster.de'; 'Ronen.Steinke@Sueddeutsche.de'

Diese Nachricht wurde mit der Priorität "Hoch" gesendet.



Sehr geehrte Frau Professor Markard,
sehr geehrter Herr Dr. Steinke,

in Erinnerung an meine von Ihnen ignorierten Emails ([\[IG_K-MP_022\]](#)) vom 31.08.2023, 15.09.2023 und 02.10.2023 sende ich Ihnen einen Offenen Brief an den bayer. Justizminister mit Kopie an den bayer. Ministerpräsidenten Söder und seinen Stellvertreter Aiwanger, mit welchem die Situation in der Judikative nun vollends klar wird.

Die Verpflichtung „Nie wieder!“ heißt für mich vor allem: nie wieder soll jemand „nach dem nächsten Danach“ sagen können „ach hätten wir doch das alles nur gewusst“.

Falls Sie den Eindruck gewinnen, „in Bayern, da herrschen ja Zustände ...“; dem ist nicht so. Es ist in den anderen Bundesländern genauso, nur muss ich mich (in Bayern lebend) mit den bayerischen Gerichten und Staatsanwälten abplagen.

Sie wollten sich doch so unheimlich energisch für den Erhalt unserer Demokratie und unseres Rechtsstaats einsetzen.

Meinen Sie nicht, dass es angesichts der katastrophalen Zustände jetzt langsam Zeit wird aus dem Knick zu kommen, sonst verpassen Sie noch Ihren Einsatz.

Anlage

[\[IG_K-PP_203\]](#)_20231115_OFFENER BRIEF an G. Eisenreich Bayer. Staatsminister der Justiz_cc Söder und Aiwanger

mit seinen Anlagen

1. [\[IG_K-JU_497\]](#) 04.10.2023 StA München II_anonyme rechtsungültige Rechnung 2.481 EUR bei Landesjustizkasse Bamberg
2. [\[IG_K-JU_498\]](#) 09.10.2023 Rüter Schreiben an LtdStA Hajo Tacke, StA München II
3. [\[IG_K-JU_506\]](#) 06.11.2023 Mahnung der StA München II

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Arnd Rüter

Empfangsbestätigungen:

Von: Steinke, Ronen [mailto:ronen.steinke@sz.de]

Gesendet: Samstag, 25. November 2023 22:09

An: Arnd Rüter <arnd_rueter@web.de>

Betreff: Read: OFFENER BRIEF wegen der Zustände in Rechtsstaatlichkeit und Demokratie

Priorität: Hoch

Ihre Nachricht

An: Steinke, Ronen

Betreff: OFFENER BRIEF wegen der Zustände in Rechtsstaatlichkeit und Demokratie

Gesendet: Samstag, 25. November 2023 21:55:32 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rome, Stockholm, Vienna

wurde am Samstag, 25. November 2023 22:08:32 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rome, Stockholm, Vienna gelesen.

Von: Markard, Nora [mailto:nmarkard@uni-muenster.de]

Gesendet: Sonntag, 26. November 2023 04:09

An: Arnd Rüter <arnd_rueter@web.de>

Betreff: Read: OFFENER BRIEF wegen der Zustände in Rechtsstaatlichkeit und Demokratie

Priorität: Hoch

Ihre Nachricht

An: Markard, Nora

Betreff: OFFENER BRIEF wegen der Zustände in Rechtsstaatlichkeit und Demokratie

Gesendet: Samstag, 25. November 2023 21:55:32 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien

wurde am Sonntag, 26. November 2023 04:08:38 (UTC+01:00) Amsterdam, Berlin, Bern, Rom, Stockholm, Wien gelesen.